



DVT 2024 Remshalden

Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch soziale Gerechtigkeit

Eine solidarische Gesellschaft ermöglicht ein würdiges Leben für Alle!

Unsere Bewegung gründet in den christlichen Arbeitervereinen als Teil der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts und in deren internationalen solidarischen Bewusstsein. Wir verstehen uns auch heute als Teil der Arbeiterbewegung **und** als Kirche.

Wir setzen uns im politischen Raum für „ein gutes Leben für alle“ (Joh,10,10) ein. Dabei fragen wir: was können jeder Einzelne und die politisch Handelnden zum Gelingen des Ganzen beitragen? Gemeinsam machen wir uns stark für unsere Überzeugungen. Damit treten wir der jahrzehntelangen Vorherrschaft des Neoliberalismus entgegen, der alle zwischenmenschlichen Angelegenheiten zu privaten Problemen machen will.

Unsere Grundthemen sind Arbeit und soziale Sicherheit, die beide für eine gute Zukunft notwendig sind. Im Engagement für diese Themen sehen wir einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Eine starke Demokratie ist unserer Auffassung nach verbunden mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Deshalb zielt unser Engagement grundsätzlich auf eine wirksame Regulierung und die Sicherung des Vorrangs der Politik gegenüber dem Markt.

Vor allem richten wir unseren Blick auf die Arbeit.

1. Was bedeutet für uns Arbeit?

Für die KAB ist der Blick auf die Arbeit zentral. Wir unterscheiden drei Formen von Arbeit: Erwerbsarbeit, Gemeinwesen bezogene Arbeit und Privat- oder Familienarbeit. Jeder Teil ist gute Arbeit. Die Tätigkeitsgesellschaft in dieser Form trägt zu einem nachhaltigen Leben für Alle bei!

Unser Ziel dabei ist alle Formen menschlicher Arbeit gleichrangig anzuerkennen. Dies beinhaltet auch die finanzielle und soziale Absicherung aller Tätigkeiten und würde vor allem die bis jetzt in großem Maße geleistete Sorge-Arbeit aufwerten! Gleichzeitig müssen Zeiträume geschaffen werden, damit die Menschen in allen Formen der Arbeit tätig werden können. Dies kann z.B. durch eine 4-Tage-Woche bei der Erwerbsarbeit erreicht werden oder durch eine 30-Stunden/Woche für Eltern, Pflegende und Pflegekräfte.

Wir als KAB messen Arbeit an ihrem Beitrag zu einem gerechten Wirtschaftssystem, dessen Ziel ein gutes Leben für alle ist.

1.1 Auskömmliche (Erwerbs)-Arbeit – auskömmliche Löhne

In Baden-Württemberg sind mehr als 600.000 Erwerbstätige als Minijobber beschäftigt. Nur 51% der Beschäftigten arbeiten in Betrieben und Dienststellen mit Tarifbindung. Immer mehr Beschäftigte arbeiten zum Mindestlohn. Die Zahl der Bürgergeldempfänger steigt von Jahr zu Jahr an. Jede 5. Frau in BW ist von Altersarmut betroffen.

Nach dem Verständnis der Katholischen Soziallehre soll Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt sichern, sowie gesellschaftliche Teilhabe und ein auskömmliches Leben im Alter ermöglichen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- einen Mindestlohn der 60% des durchschnittlichen Bruttoverdienstes beträgt (ca. 15 Euro)
- die Abschaffung der Mindestlohnkommission
- Tarifbindung bei Ausschreibungen öffentlicher Aufträge
- grundsätzliche Sozialversicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse

1.2 Digitalisierung:

Die digitale Transformation unserer Gesellschaft ist allgegenwärtig und nicht aufzuhalten.

Die KAB unterstreicht die Dringlichkeit, diesen Wandel sozial zu gestalten, und richtet dabei den Fokus auf den Schutz der Sozialen Zeit.

In der KAB beobachten wir aufmerksam und kritisch, dass die Digitalisierung bei den arbeitenden Menschen zu Ängsten und Verunsicherung führt.

Statt Zeitknappheit in der Beschleunigungsgesellschaft müssen wir umkehren zur mehr Zeitsouveränität für die einzelnen Personen, welche die Zeit sowohl als Verantwortung und Geschenk für die Anderen, den Nächsten, das Gemeinwesen, die Demokratie annehmen. Es braucht mehr Kreativität um neue Modelle zu gestalten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Rechtliche Regelungen für mobiles Arbeiten
- Ausbau des Sonntagsschutzes und Schutz sozialer Zeiten
- die Belange von Menschen mit Beeinträchtigungen und ältere Menschen, damit diese nicht ausgeschlossen werden.

1.3 Nachhaltig wirtschaften

Nachhaltig wirtschaften bedeutet:

„Ein Leben, das nicht auf Kosten anderer Menschen, der Natur oder zukünftiger Generationen geht.“

Der Zwang zu unendlichem Wachstum in einer endlichen Welt kann nur scheitern! Papst Franziskus hat dies in den Worten ausgedrückt: „Diese Wirtschaft tötet!“

Wir müssen einsehen, dass der Preis für unser Leben zu hoch ist, weil der Preis kein anderer ist als das Leben anderer.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ein strengeres Lieferkettengesetz
- Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen
- ein Lebensmittelrettengesetz
- die Verpflichtung der Regierung auf das 1,5 Grad Ziel

1.4. Care Arbeit – sorgende Tätigkeit anerkennen!

Pflege

Im Jahr 2022 wurden 3,4 Millionen Pflegebedürftige zu ca. 80% von Angehörigen versorgt. 2/3 wurden dabei von ambulanten Diensten unterstützt. Mehrere Hunderttausende Betreuungskräfte

versorgen in Haushalten pflegebedürftige Menschen. Professionelle Pflegearbeit wird zu ca. 80% von Frauen geleistet.

Eine große Last sind die auf Effektivität getrimmten Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens z.B. Pflegeheime, ambulante Dienste. Sorgende Arbeit ist Beziehungsarbeit. Sie wird derzeit nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt, Renditeorientierung ist an dieser Stelle jedoch kontraproduktiv. Es geht auch darum, Beiträge der Versicherungsgemeinschaft vor privaten Gewinninteressen zu schützen.

Wir setzen uns ein für:

- den Grundsatz sorgende Tätigkeit gehört in öffentlicher Hand
- den Ausbau der bezahlten Freistellung für pflegende Angehörige
- eine sozialversicherungskonforme Lösung für haushaltsnahe Dienstleistungen

Erziehung

Die Arbeit der Erzieher*innen muss weiter aufgewertet werden, damit die Erzieher*innen im Beruf bleiben und neues Personal gewonnen werden kann.

Die Personaldecke ist in vielen Kitas bereits so ausgedünnt, dass die Kolleg*innen in den Kindertageseinrichtungen gezwungen sind, Abstriche bei der Qualität in der frühkindlichen Bildung zu machen. Viele Fachkräfte leiden darunter, dass der pädagogische Anspruch auf der Strecke bleibt und der Beruf des Erziehers / der Erzieherin dadurch abgewertet wird.

Wir setzen uns ein für

- kleinere Gruppen in Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Tatsächliche Freistellung der Kindergartenleitungen nach der Größe und Betreuungsform der Einrichtung.

2. Soziale Sicherungssysteme

Die sozialen Sicherungssysteme bilden die Basis unserer Gesellschaft und festigen unsere Demokratie. Die Welt lehrt uns gerade, dass wir unsere eigenen Steuerungsmöglichkeiten überschätzt haben und weniger planbare Dinge geschehen. In solch unsicheren Zeiten braucht es ein hohes Maß an sozialer Sicherheit.

2.1 Auskömmliche Renten - die zum Leben reichen!

Durch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, durch den Anstieg von Teilzeitarbeit, durch eine geringe Tarifbindung, durch einen zu geringen Mindestlohn, durch die Streichung der Zahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung im Bürgergeld werden wir in Zukunft immer mehr Rentnerinnen und Rentner bekommen, deren Rente nicht zu einem auskömmlichen Leben reicht, das gesellschaftliche Teilhabe einschließt.

Zudem gibt es einen großen Unterschied in der Rentenbezugsdauer der Rentnerinnen und Rentner. Die Lebenserwartung der Gruppe mit dem relativ niedrigsten Einkommen liegt bei Männern mit 8,6 Jahre und bei den Frauen 4,4 Jahre niedriger als die Lebenserwartung derer mit dem höchsten Einkommen/den höchsten Renten. Hier müssen wir eine Gerechtigkeitsdebatte führen.

Wir setzen uns ein für

- einen Mindestlohn der eine Rente über der Grundsicherung garantiert
- eine höhere Tarifbindung
- eine gesellschaftliche Diskussion über unterschiedliche Renteneintrittsalter für besonders belastete (Care-)Berufe.

2.2 Soziale Sicherung – Pflegeversicherung

Die soziale Pflegeversicherung wurde 1995 als 5. Säule ins Sozialversicherungssystem erfolgreich eingebaut. Ursprünglich war damit die Absicht verbunden, die Pflegekosten über diese Versicherung zu begleichen. Die Beiträge blieben lange Zeit stabil niedrig.

Das menschliche Gesicht einer Gesellschaft zeigt sich vor allem darin wie wir mit Hilfebedürftigkeit, mit Angewiesen-Sein, mit Zerbrechlichkeit umgehen. Im Verständnis der katholischen Soziallehre und dem Sozialstaatsprinzip tragen die wirtschaftlich Starken die Schwächeren mit.

Wir setzen uns ein für

- eine grundsätzliche Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung hin zu einer solidarischen Lösung, in der alle Einkünfte herangezogen werden.
- die Zusammenführung von privater und gesetzlicher Pflegeversicherung.
- die Steuerfinanzierung der Rentenpunkte für pflegende Angehörige.

3. Zusammenhalt – Demokratie stärken

Menschen beteiligen und die Beteiligung wertschätzen. Gerechtigkeit schaffen.

Die Förderung der aktiven Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern an politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten, auf den verschiedenen Ebenen, erhöht die Akzeptanz von Entscheidungen und schafft Vertrauen. Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen frei sind, sich in der Demokratie zu engagieren. Auf dieser Grundlage kann Beteiligung ausgebaut werden. Ein Beispiel hierfür ist die Beteiligung in der sozialen Selbstverwaltung bei Renten, Kranken –und Unfallkassen.

Wir setzen uns ein für

- ein mehr an Bürgerräten auf allen politischen Ebenen und öffentliche Konsultationen mittels Bürgerforen
- den Ausbau der Freistellung für aktives Ehrenamt in der Selbstverwaltung
- die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit z.B. durch zusätzliche Rentenpunkt

***Einstimmig verabschiedet durch den Diözesanverbandstag
Remshalden, 19. Oktober 2024***